

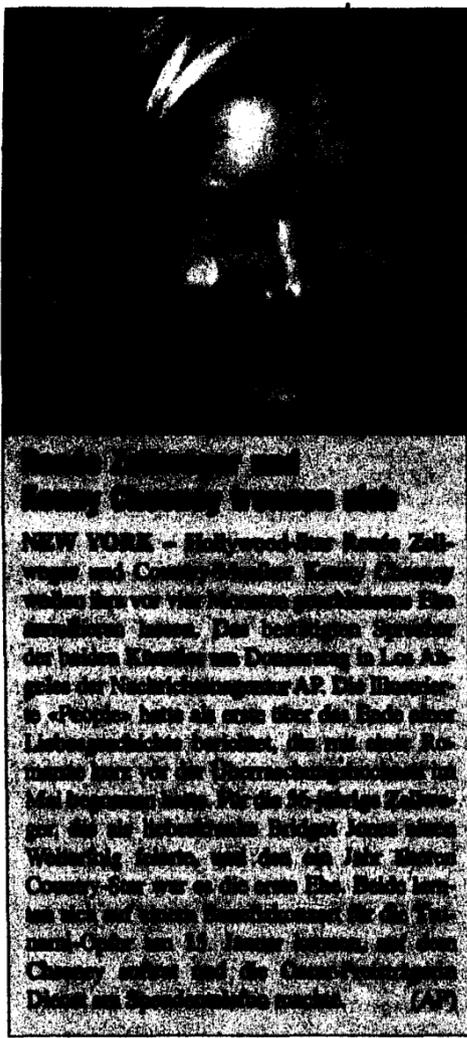
VOLKSBLATT | SPLITTER

Sonderprämie für kinderreiche Familien geplant

ATHEN - Im Kampf gegen die niedrige Geburtenrate will die griechische Regierung Familien mit mehr als zwei Kindern künftig mit einer Sonderprämie belohnen. Demnach sollen Eltern zur Geburt ihres dritten und jedes weiteren Kindes 2000 Euro erhalten, wie das Finanzministerium in Athen am Freitag mitteilte. Ein entsprechender Gesetzesentwurf solle noch in diesem Jahr vorgelegt werden. (AP)

Noch fast 2000 Kinder im US-Katastrophengebiet vermisst

BATON ROUGE - Nach dem Hurrikan «Katrina» sind im Süden der USA noch fast 2000 Eltern auf der Suche nach ihren Kindern. Das teilten am Freitag die Behörden im Staat Louisiana mit. Auch rund 500 Kinder aus staatlichen Pflegeheimen im Katastrophengebiet würden noch vermisst. Nach «Katrina» flohen Ende August hunderttausende Bewohner aus New Orleans und vom Golf von Mexiko. Mehr als 790 Menschen kamen in fünf US-Staaten ums Leben. (AP)



ANZEIGE
VOLKSBLATT
Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur
Bel uns ist alles im Preis inbegriffen
Jetzt gratis durch E-Mail
VOLKSBLATT abonnieren
10 Monate für CHF 209.-
Die günstigste Tageszeitung Liechtensteins
Anrufen und bestellen 237 51 41
Profitieren Sie als -Abonnent von Vorzugspreisen

Nur Minimalkonsens

Uno-Gipfel - Einigung auf Armuts- und Terrorbekämpfung als Schwerpunkte

NEW YORK - Die Vereinten Nationen haben sich beim Gipfeltreffen in New York auf ein Zukunftsprogramm mit Schwerpunkt Armuts- und Terrorismusbekämpfung geeinigt. Die Deklaration soll zum Ende des dreitägigen Treffens verabschiedet werden.

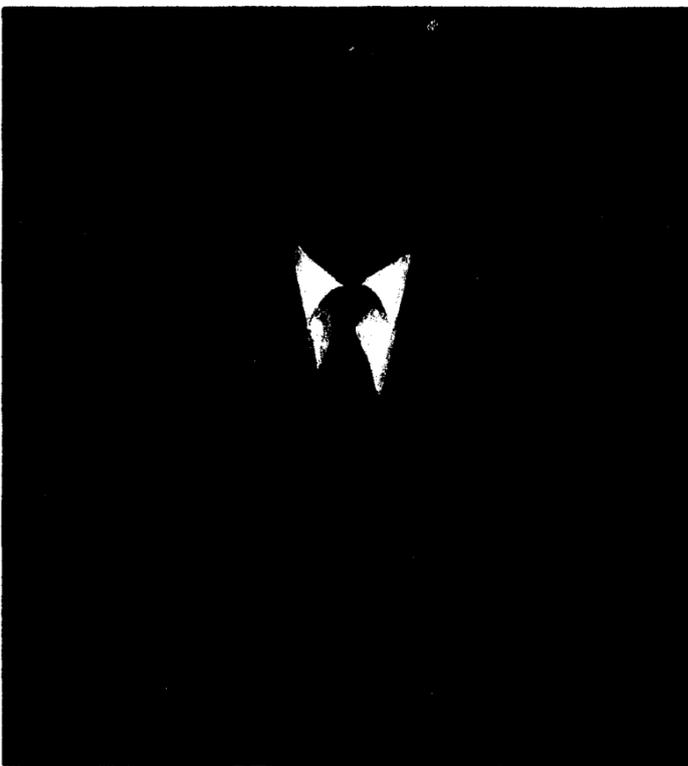
Die 35-seitige Erklärung sollte von den Staats- und Regierungschefs aus mehr als 150 Ländern am Freitagabend (Samstag MESZ) in New York verabschiedet werden. Das Papier war in wochenlangen Sitzungen vor dem Gipfel ausgehandelt worden.

Die Unterhändler hatten sich jedoch nicht auf die weit reichenden Vorschläge von Uno-Generalsekretär Kofi Annan einigen können - das Papier gilt allgemein als Minimalkonsens.

Kampf gegen Armut und Terror

In der Gipfelerklärung bekräftigen die Uno-Mitglieder bereits vereinbarte Ziele in der Armutsbekämpfung, ohne neue Verpflichtungen einzugehen, etwa zur Aufstockung der Entwicklungshilfe.

Sie verurteilen gemeinsam jede Form von Terrorismus und wollen innerhalb des nächsten Jahres eine Konvention zu dem Thema verabschieden. Weiter soll eine Kommission zur Friedensbildung geschaffen werden, die Ländern nach bewaffneten Konflikten beim Aufbau demokratischer Gesellschaften helfen soll.



Der Schweizer Bundespräsident Samuel Schmid beurteilt das Resultat des Gipfels als «besser, als manche befürchtet haben».

fen werden, die Ländern nach bewaffneten Konflikten beim Aufbau demokratischer Gesellschaften helfen soll.

Die Staatengemeinschaft bekräftigt in der Deklaration schliesslich ihre Verantwortung, gegen Genozid, Kriegsverbrechen und Verbre-

chen gegen die Menschheit vorzugehen.

Sie ersetzt die diskreditierte Menschenrechtskommission durch einen neuen Menschenrechtsrat, dessen Zusammensetzung und Standort aber noch völlig offen ist. Die Idee eines Rates stammt aus

der Schweiz, die den Rat an den Uno-Sitz in Genf holen möchte.

Kritik und Lob

Der deutsche Aussenminister Joschka Fischer kritisierte die Ergebnisse des Gipfels als «dürftig». Er sagte am Donnerstagabend (Ortszeit) in seiner Rede, Deutschland hätte sich eine Gipfelerklärung «mit sehr viel klareren Handlungsaufträgen» gewünscht.

Bundespräsident Samuel Schmid beurteilte das Resultat des Gipfels dagegen als «besser, als manche befürchtet haben». Die Uno sei ein fragiles Gebilde, aber jedenfalls das beste, das existiere, sagte Schmid am Donnerstag (Ortszeit) nach seiner Rede vor Schweizer Medienvertretern in New York.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei der geplante Menschenrechtsrat. Er habe in den vergangenen Tagen gespürt, dass die Schweiz einen guten Namen bei der Uno habe und viel Eigeninitiative zeige. Er hoffe, dass sich das nun bei der Konkretisierung des Menschenrechtsrates auszahle.

Auch die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, lobte am Freitag in Genf den Einsatz für die Menschenrechte am Gipfel. Sie rief die Uno-Generalsammlung auf, das «entscheidende Vorhaben eines Menschenrechtsrats» zu verwirklichen. (sda)

«Unmöglich ohne New Orleans

Bush verspricht umfassenden Wiederaufbau von New Orleans

NEW ORLEANS - Nach dem Hurrikan «Katrina» hat US-Präsident George W. Bush für das Katastrophengebiet eines der grössten Wiederaufbauprojekte in der Geschichte angekündigt.

«Es ist unmöglich, sich Amerika ohne New Orleans vorzustellen, und diese Stadt wird wieder erheben», sagte Bush am Donnerstagabend in einer Fernsehansprache vom French Quarter aus. Washington wolle dafür Kosten in Höhe von mindestens 200 Milliarden Dollar übernehmen. Ausserdem räumte Bush Fehler und Versäumnisse bei der Katastrophenhilfe ein. Die Regierung sei nicht ausreichend auf «Katrina» und die darauf folgende Flutkatastrophe vor-



US-Präsident Bush zeigt sich für Wiederaufbau verantwortlich.

bereitet gewesen, sagte Bush in seiner live übertragenen Rede vom Jackson Square. Er sei als Präsident

«für das Problem und für seine Lösung verantwortlich», betonte er. «Diese Regierung wird die Lektio-

nen aus dem Hurrikan «Katrina» lernen.» Die Vorbereitung auf ähnliche Tragödien müsse landesweite Priorität haben, so Bush weiter. Für alle Städte müsse es einen detaillierten und aktuellen Massnahmenkatalog geben, wie auf Naturkatastrophen, Massenevakuierungen oder Terroranschläge zu reagieren sei. Den hunderttausenden aus dem Katastrophengebiet evakuierten Menschen versicherte er: «Ihr müsst wissen, dass sich die gesamte Nation um euch kümmert - auf der vor euch liegenden Reise seid ihr nicht allein.» Das Ziel sei, dass alle Flüchtlinge bis Mitte Oktober ihre Notunterkünfte verlassen und mit Unterstützung der Regierung in normale Wohnungen umgesiedelt werden könnten. (AP)

Für Anfang vom Ende

Personenfreizügigkeit innerhalb der EU

BRÜSSEL - EU-Kommissar Vladimir Spidla wirbt intensiv für die Aufhebung der Einschränkungen der Personenfreizügigkeit für die Osteuropäer. In einem Treffen der EU-Staaten am Freitag in Brüssel ging es um einen ersten Informationsaustausch.

Gemäss Spidla zeigen erste Zahlen aus den EU-Staaten ohne Einschränkungen (Schweden, Grossbritannien, Irland), dass die Wanderbewegungen und ihre Auswirkungen nicht dramatisch waren. In Schweden sei beispielsweise von Mai bis Dezember 2004 durch Einwanderung aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten die Zahl der Erwerbsfähigen um 0,07 % gestiegen.

Und in Grossbritannien seien von Mai 2004 bis August 2005 lediglich etwa 50 Anträge auf Sozialleistungen angenommen worden. Die Freizügigkeit gehöre zum Geist der EU, warb Spidla. Von einer Aufhebung der Einschränkungen würden nicht nur die Arbeitssuchenden profitieren, sondern auch der europäische Arbeitsmarkt, erklärte er.

Ende April 2006 entscheiden die zwölf alten EU-Staaten, welche den Zugang von Arbeitskräften aus den acht neuen mittel- und osteuropäischen Staaten einschränken, ob sie die Massnahmen um drei Jahre verlängern wollen. Übergangsmassnahmen sind insgesamt bis 2011 möglich, zuständig dafür sind die Mitgliedsstaaten. (sda)

Zu guter Letzt...

Neuer TV-Glotz-Rekord

NEW YORK - Ein Mann aus Sri Lanka hat am Freitag den Rekord im Dauerfernsehen gebrochen. Suresh Joachim sass in New York insgesamt 69 Stunden und 48 Minuten vor dem Fernseher. Bisher lag der Rekord laut Guinness-Buch bei 50 Stunden und sieben Minuten. Diesen brach Joachim, der im kanadischen Toronto lebt, bereits am Donnerstag. Er blieb jedoch noch bis Freitagvormittag vor dem Fernseher sitzen. Die Regeln des Guinness-Buchs erlaubten ihm jede Stunde eine fünfminütige und alle acht Stunden eine 15-minütige Pause. Während der übrigen Zeit musste

er ununterbrochen auf den Bildschirm schauen. Joachim hält insgesamt mindestens 16 Guinness-Rekorde, darunter den im Dauerbalancieren auf einem Bein (76 Stunden und 40 Minuten) und im Dauerkegeln (100 Stunden). (AP)

